

**Günstige Wohnungsverhältnisse.****Keine Kündigungen im Krieg.**

Eine Zusammenstellung, die uns vom Wirtschaftlichen Hilfsbureau der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellt wird, gibt Zeugnis, daß der wichtigste Wiener Kündigungs- und Umzugsmonat, der November, ohne krisenhafte Erscheinung vorübergegangen ist. Vereinzelt war die Besorgnis aufgetaucht, es würden sich viele Wiener Mietparteien veranlaßt sehen, zum Novembertermin Vorsichts- oder Kündigungen vorzunehmen. Man gab sich, besonders im ersten Rummel nach Kriegsausbruch, der Erwägung hin, daß viele Familien durch den Krieg in ihrem Einkommen verfürzt und so zum nächsten Termin, dem November, gezwungen sein würden, die alte Wohnung zu verlassen und in eine kleinere zu übersiedeln. Bei dieser Erwägung hatte man insbesondere die Vierteljahrswohnungen des Mittelstandes im Auge.

Es kann heute festgestellt werden, daß nichts von den geäußerten Befürchtungen eingetroffen ist. Es sind in diesem November für den 14. Februar insgesamt 210 Vierteljahrswohnungen mehr als im gleichen Monat des Vorjahrs gekündigt worden. Da die Stadt Wien 496.000 Wohnungen zählt, von denen 99.200 viertel-, halb- oder ganzjährig kündbar sind, so ist das Plus von 210 Wohnungskündigungen nicht sehr groß. Die Verhältnisse sind demnach seit dem Vorjahr ohne große Veränderung geblieben. Zum Frohlocken gibt diese Feststellung allerdings keinen Anlaß, denn es muß bedacht werden, daß das Jahr 1913 ein schweres Krisenjahr war, in dem die Novemberkündigungen die des Jahres 1912 stark überstiegen. Wenn also die Situation auch nicht rosig ist, so darf doch mit einiger Befriedigung festgestellt werden, daß sie keine wesentliche Verschlechterung erfahren hat.

Was die heuer in den einzelnen Bezirken erfolgten Kündigungen betrifft, so fallen die Bezirke I, II, III, IX und XX angenehm dadurch auf, daß die Kündigungen sich gegen das Vorjahr ansehnlich verringert haben. Da diese Bezirke derzeit sehr stark von galizischen Flüchtlingen bevölkert werden, so liegt die Annahme nahe, daß dieser Umstand auf die Einmietungen der Flüchtlinge zurückzuführen ist. Manche Familien, die sonst vielleicht gezwungen gewesen wären, ihre alten Wohnungen zu verlassen, haben sie behalten können, da die unverhofft eingetroffenen galizischen Untermieter ihnen die Sorge für einen Teil des Mietzinses abnahmen. Eine beträchtliche Kündigungszunahme weisen dagegen die Bezirke IV, V, VI, VII und XV auf. Man ist im Wirtschaftlichen Hilfsbureau geneigt anzunehmen, daß sie vorwiegend Kleingewerbetreibende betreffen, die dort in stärkerer Anzahl ansässig sind.

**95.000 unterstützte Familien in Wien.**

Auch von den Kleinwohnungen läßt sich bezüglich der Novemberkündigungen ähnliches sagen wie von den Vierteljahrsparteien. Die am 1. November für den 1. Dezember erfolgten Kündigungen halten denen des Vorjahres so ziemlich die Wage. Große, auffallende Veränderungen gibt es nirgends. Diese Tatsache ist wohl zum Teil auf das Einreisen des Wirtschaftlichen Hilfsbureaus zurückzuführen, sowie auf die Praxis der Gerichte, die den Hausherrn Delogierungen nahezu unmöglich machen und auch sonst Rücksicht mit zahlungsunfähigen Mietern auferlegen. Auch der Umstand, daß die Gemeinde Wien die Unterstützungen für die Reservistenfamilien ohne kleinliche Bedenken ausahlt, spielt hier mit. Heute leben in Wien 95.000 Reservistenfamilien, die von Staats wegen erhalten werden. Da die Gerichte in Streitfällen ein Drittel der Unterhaltsbeiträge den Hausherrn zusprechen, kommen auch diese nicht zu kurz.

Im allgemeinen darf gesagt werden, daß die Stadt Wien über die Mieterfrage leichter hinwegkommt als einzelne reichsdeutsche Kommunen. In Köln und Königsberg mußten die Militärkommanden eingreifen, um viele Familien vor Obdachlosigkeit zu schützen. Es gelangten dort die Bestimmungen der Ausnahmegeetze von 1851 zur Anwendung, die kurzerhand jeden Umzug verboten und Wohnungskündigungen nur im beiderseitigen Einverständnis von Mieter und Vermieter zulässig erklären können. In Leipzig wieder wurde eine Mieterdarlehenskasse gegründet, deren Tätigkeit von vielen Sozialpolitikern sehr skeptisch beurteilt wird, da die zahlungsunfähigen Arbeiterfamilien, die die Kasse in Anspruch nehmen, gezwungen sind, eine Schuldenlast anzuhäufen, der sie auch in normalen Zeiten sich kaum gewachsen zeigen dürften. Das Wiener System: tunlichste Verschiebung der Mieterstreitigkeiten bis nach dem Krieg und im Notfall eine staatliche Hilfe, dürfte sich vom Standpunkt der Mieter besser behörden.